

Charta für eine selbstbestimmte Waldbewirtschaftung in Bayern

unterzeichnet von den politischen Vertretern des ländlichen Raumes und der aktiven Waldbewirtschaftung.

Unsere Wälder, Wiesen, Weiden, Almen, Flüsse, Berge und Seen, unsere einzigartige Kulturlandschaft sind die Lebensgrundlage der Menschen in Bayern. Unsere Heimat wird von den Bäuerinnen und Bauern, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern mit viel Arbeit, Fleiß und Kraft gestaltet und erhalten. Der im internationalen Vergleich herausragende Zustand der bayerischen Wälder ist dieser jahrhundertelangen verantwortungsvollen und nachhaltigen Arbeit unserer Waldbesitzer und Bauern zu verdanken. Unsere Wälder sichern alleine in Bayern entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz insgesamt 164.000 Arbeitsplätze bei einer Wertschöpfung von mehr als 16,6 Milliarden Euro jährlich.

Auch in Zukunft brauchen wir gesunde, vitale und zukunftsfähige Wälder, um deren Leistungen durch unsere traditionelle, aktive und nachhaltige Bewirtschaftung für unseren gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum, aber vor allem auch für künftige Generationen sicherzustellen. Dies gilt für unseren heimischen Rohstoff Holz genauso wie für Energie, sauberes Wasser, Sicherheit vor Hochwasser, Lawinen, Muren und die Erholung.

Damit Bayern weiterhin eine lebenswerte und wertvolle Region bleibt, müssen Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Verantwortung dafür liegt – und das ist in den Regionen selbst. Dieses grundlegende Prinzip der Union ist unter dem Begriff Subsidiarität zusammengefasst und muss wieder verstärkt den unionsrechtlichen Rahmenbedingungen zugrunde gelegt werden. Denn Gruppen ohne direkte Verantwortung für die Menschen in unseren Regionen und ohne Bezug zu unserer Waldbewirtschaftung können und dürfen nicht darüber bestimmen, wie wir zu leben haben. In Brüssel müssen durch Verordnungen und Richtlinien jene gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Freiheit und Selbstbestimmung fördern und sich an vorbildhaften Regionen wie Bayern orientieren.

Wir können unsere Wälder für unsere Kinder und Enkel nur erhalten, wenn sie auch künftig aktiv bewirtschaftet und gepflegt werden. Genau das konterkariert aber die derzeitige EU-Politik durch völlig falsche Vorgaben und Weichenstellungen. Denn sie ist einseitig darauf ausgerichtet, Forstwirtschaft und Holznutzung zu behindern und die Wälder sich selbst zu überlassen. Sie setzt auf Ideologie statt auf Fakten und auf Bevormundung statt auf Vertrauen.

Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Denn sie ist ein Bärenienst für den Klimaschutz und für den Erhalt unserer lebenswerten Heimat. Und sie ist letztlich in ihrer Einseitigkeit gegen die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Wohlstandssicherung der Menschen gerichtet.

- Sie gefährdet Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfungsketten und die Versorgung mit dem klimafreundlichsten aller Rohstoffe – unserem heimischen Holz.
- Sie will die Entwaldung in der Welt bekämpfen (EUDR) und setzt dafür die Zukunft unserer eigenen heimischen Wälder aufs Spiel – indem sie ein „Bürokratiemonster“ schafft, das den dringend notwendigen Aufbau und die Pflege klimafester Wälder ausbremsen wird.
- Sie gefährdet damit unsere Heimat, unsere Lebensgrundlagen, unsere Lebensräume und letztlich sogar die Biodiversität, der sie sich so einseitig verschrieben hat.

Wir fordern eine europäische Politik, die unseren Waldbesitzern bei der aktiven und nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege ihrer Wälder unter die Arme greift. Eine Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit im Glauben an die europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Eine Politik, die sich am Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert. Nur mit den Waldbesitzern und nicht gegen sie sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Es ist Zeit für einen Kurswechsel:

- Dafür müssen die **Waldbesitzer mit am Tisch** sitzen. Wir fordern daher eine umfassende Einbindung im Rahmen eines **strukturierten Dialogs** für **die aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung** und ein klares Bekenntnis der Europäischen Kommission, dass Entscheidungsprozesse dahingehend optimiert werden müssen.
- Um **kurzfristig** auch **weitere Belastungen abzuwenden**, muss umgehend eine **Revision der Entwaldungsverordnung** vorgelegt werden. Unklarheiten und Rechtsunsicherheiten müssen rasch ausgeräumt werden, damit diese Verordnung nicht zu einem Belastungspaket für die Forstwirtschaft wird. Die Eindämmung der globalen Entwaldung und Waldschädigung kann nicht mit bürokratischer Schikane **gegen** die vielen **Waldeigentümer** in Bayern erreicht werden.

München, am 11. April 2024



Michaela Kaniber
Bayerische Staatsministerin für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten
und Tourismus



Josef Ziegler

Präsident des Bayerischen
Waldbesitzerverbandes



Günther Felßner

Präsident des Bayerischen
Bauernverbandes



Alexander Stärker

Vorsitzender der Familienbetriebe
Land und Forst Bayern